

Antrag 77/I/2022**AG Migration und Vielfalt****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Eine zentrale Einbürgerungsbehörde für Brandenburg**

1 Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-geführte
 2 Landesregierung werden aufgefordert, sich für ei-
 3 ne zentrale Einbürgerungsbehörde nach dem Vor-
 4 bild Berlins einzusetzen. Mit diesem Antrag erwei-
 5 tern wir den Leitantrag der SPD Brandenburg. Der
 6 Antrag ist weitgehend budgetneutral. Vorhandene
 7 Ressourcen können zu einem virtuellen, zentralen
 8 Team zusammengeschlossen werden.

9

10 Begründung

11 Brandenburg verliert jährlich große Teile der erfolg-
 12 reich integrierten Migrantinnen und Migranten wie-
 13 der an andere Bundesländer oder EU-Länder. Aus
 14 Deutschland wandern nach Angaben des statischen
 15 Bundesamtes jährlich ca. 700.000 Migrant*innen
 16 wieder aus. Die Einbürgerungszahlen in Deutsch-
 17 land, insbesondere in Brandenburg, stagnieren seit
 18 vielen Jahren auf einem im internationalen Ver-
 19 gleich niedrigen Niveau, obwohl viele Migrant*in-
 20 nen längst die hohen Anforderungen erfüllen, die an
 21 die deutsche Staatsangehörigkeit geknüpft sind.

22 Der Einbürgerung kommt eine zentrale Rolle für die
 23 Teilhabe und Identifikation von Zuwanderinnen und
 24 Zuwanderern mit dauerhafter Aufenthaltsperspek-
 25 tive zu und kann als starker Indikator für einen lang-
 26 fristigen Verbleib gesehen werden. Wichtige Rech-
 27 te und Pflichten aus verschiedenen Lebensbereichen
 28 sind an die deutsche Staatsangehörigkeit geknüpft.
 29 Sie ist insbesondere Voraussetzung für die volle po-
 30 litische Teilhabe durch das aktive und das passive
 31 Wahlrecht.

32 In mehreren Studien hat das BAMF die hohen In-
 33 formationsdefizite aufseiten der Zielgruppe der Ein-
 34 bürgerungsberechtigten beklagt, die auch in der
 35 Komplexität des deutschen Staatsangehörigkeits-
 36 rechts begründet sind. Viele Erleichterungen und
 37 Begünstigungen werden z.B. nicht im Gesetzestext
 38 selbst erwähnt, sondern finden sich in Verwaltungs-
 39 vorschriften bzw. in Anwendungshinweisen, Rund-
 40 schreiben und Richtlinien, die zum Teil nicht veröf-
 41 fentlicht bzw. nicht verbindlich sind.

42 Die bestehenden Hürden machen es für Einbürge-
 43 rungsinteressierte schwierig, an für sie relevante In-

Empfehlung der Antragskommission**Ablehnung**

funktioniert in einem Flächenland wie Brandenburg
 nicht

44 formationen zu gelangen. Auch ein einheitliches Be-
45 hördenhandeln wird erschwert. Um ein geeignetes,
46 standardisiertes Verfahren für Brandenburg (bei ge-
47 ringen vorhandenen Ressourcen) und eine ausführ-
48 liche und tiefer gehende Information nach außen
49 zu ermöglichen (vielsprachige Webseite, Kooperati-
50 on mit Migrant*innenorganisationen etc.) sollen die
51 Ressourcen der Ausländerbehörden in einer zentra-
52 len Einbürgerungsbehörde gebündelt werden.